



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 17. Dezember 2007

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2008

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Ausblick auf das Haushaltsjahr 2008 bietet Anlass zur Freude. Das Volumen beim Verwaltungshaushalt wächst infolge der stark gestiegenen Steuerkraftsummen und aufgrund höherer Schlüsselzuweisungen um ca. 12 Mio. € an. Beim Vermögenshaushalt sind es nominal fast 7 Mio. € Mehreinnahmen, die ganz überwiegend für Investitionen zur Verfügung stehen. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten Jahren auch nur ansatzweise ein derart guter Haushaltsentwurf zur Debatte stand. Die Nettoinvestitionsrate schwankte vor drei, vier Jahren noch labil um die Nulllinie während das Querformat des Haushaltsplans mittlerweile fast der begrenzende Faktor für das Säulendiagramm der Nettoinvestitionen 2008 ist.

Diese komfortable Situation färbt selbstverständlich auch auf die Stimmung hier im Gremium ab. Die Beratungen verliefen weitgehend harmonisch und in den vorberatenden Ausschüssen war vor diesem Hintergrund durchaus der gute Wille spürbar, auch die in den letzten Jahren etwas vernachlässigten Bereiche finanziell wieder mehr zu berücksichtigen. Da gleichzeitig auch die Gemeinden wieder mehr Finanzmittel zur Verfügung haben, wurde in den vergangenen Wochen sogar das Thema Kreisumlage auf vergleichsweise kleiner Flamme gekocht.

So weit, so gut! Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es sollte uns bewusst sein, dass diese Beschreibung lediglich eine finanzielle Momentaufnahme im Dezember 2007 ist. Sie, Herr Landrat, haben zutreffend festgestellt, dass es sich lediglich um eine konjunkturelle und im Kern nicht um eine strukturelle Verbesserung handelt. Zudem reicht allein der Blick auf die Investitionsliste leider nicht für eine gute Planung: Es kommt stark auf die Menschen an, die den Plan umsetzen sollen. Es kommt auf die Strukturen und

Randbedingungen an, unter denen die Arbeit vollzogen werden kann und nicht zuletzt kommt es auch auf die Perspektiven an, die jeder Einzelne, jedes Unternehmen, aber auch der Landkreis und die Kommunen für ihre Zukunft haben können.

Deshalb sind wir beispielsweise mit Blick auf die Verwaltungsstrukturreform erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit und Selbstherrlichkeit die Landesregierung jetzt nachsteuert. Originalton Ministerpräsident Günther Oettinger: „Allein zu entschieden ist unser Recht als Landesregierung.“ Es dürfte bekannt sein, dass unsere Fraktion nicht gerade zu den Befürwortern der Verwaltungsreform gehört hat. Aber es ist Ihnen hoffentlich ebenfalls nicht entgangen, dass dieser Kreistag vor nicht allzu langer Zeit mit unseren Stimmen eine Resolution zum Verbleib des Schulamts beim Landkreis verabschiedet hat. Wir finden es bedauerlich, dass in vielen strukturellen Fragen offensichtlich mehr nach Tageslaune als nach belastbaren Konzepten entschieden wird. Neben dem strukturellen Wackelkurs ist dies aber auch ein schönes Beispiel dafür, dass die Beschäftigten lediglich als Manövriermasse und vor dem Hintergrund der geforderten Effizienzrendite schlicht als Einsparpotential gesehen werden. Was dies für die Motivation und die Perspektiven der Mitarbeiter bedeutet, brauche ich wohl nicht näher auszuführen.

Abgesehen davon wird aber selbst bei einer verengten Betrachtung auf die Finanzen die Rechnung nicht ganz aufgehen: Unsere Prognose ist, dass die Effizienzrendite nach den „grossen Anfangserfolgen“ zukünftig eher tröpfeln denn sprudeln wird. Sollte zur Durchsetzung der Zielvorgaben dennoch das Personal weiter reduziert werden, wird es zwangsweise zu Abstrichen an der Qualität kommen. Vor diesem Hintergrund können wir die weiterhin geplanten Personalreduzierungen (insgesamt mindestens 9 Stellen im Jahr 2008) kaum billigen.

Wenn es um Perspektiven geht, kommt sofort auch das Thema Bildung auf den Plan. Zunächst einmal wollen wir, sehr geehrter Herr Landrat, ein Stück weit in Abrede stellen, dass das Thema Bildung bei uns „schon immer ein Megathema war“. Der Landkreis hat lange genug das Thema Bildung wohl mehr als eine seiner vielen Pflichtaufgaben angesehen. Sonst müssten wir heute nicht über den erheblichen Unterhaltsrückstand vieler Schulgebäude klagen und auch die Haushaltsstrukturkommission hätte in der Vergangenheit vielleicht manche Dinge anders entschieden. Aber das Bewusstsein hat sich glücklicherweise gewandelt und es gibt im Jahr 2008 eine schon fast unglaubliche Vielzahl an Investitionen und Erneuerungsmassnahmen. Wir begrüssen dies ausdrücklich und freuen uns insbesondere, dass neben dem Raumangebot und den qualitativen Standards verstärkt auch die energetische Sanierung der Gebäude angegriffen wird. Bemerkenswert sind allerdings auch 2 weitere Dinge: Zum einen ist im kommenden Haushalt kein Mehraufwand bei den Energie- und Bewirtschaftungskosten angesetzt, was angesichts der Preissituation reines Wunschdenken sein dürfte. Zum anderen ist

die erstmalige Abschreibung und Verzinsung der Schulgebäude erwähnenswert. Wir begrüssen diesen Schritt ausdrücklich, legen jedoch Wert darauf, dass in einer der nächsten Ausschusssitzungen hierzu einmal die grundlegenden Modellannahmen und die sich daraus abzeichnenden Konsequenzen erläutert werden. Flankiert wird die Investitionsoffensive in die Schulgebäude von Strukturverbesserungen, neuen inhaltlichen Angeboten und beispielsweise der jüngst gestarteten „Offensive für technische Berufe“. Im Hinblick auf die Perspektiven von Jugendlichen sind solche und noch weitergehende Ansätze dringend notwendig.

Ein weiteres Feld für dringend notwendige Perspektiven ist die soziale Sicherung. Zunächst einmal ist es aus Kreissicht ganz bestimmt erfreulich, wenn die Kreisumlage erstmals wieder annähernd die Kosten der sozialen Sicherung decken kann. Auch der von uns über lange Jahre geforderte Paradigmenwechsel von stationär zu ambulant, von wohnortferner Unterbringung zu flexiblen Betreuungsformen oder allgemein von der Segregation zur Integration wird mittlerweile mehr und mehr Realität. Allerdings gibt es im Sozialbereich unverändert Entwicklungen, die zumindest Anlass zur Sorge bieten. Der Übergang von der Sorge zum Ärger ist dabei je nach Thematik fließend. Ein Beispiel für die Kategorie „Sorge“ ist die Grundsicherung im Alter. Der Aufwand hierfür wird infolge stagnierender Renteneinkommen und wegen der demografischen Entwicklung zukünftig wohl noch drastisch ansteigen. Ein Beispiel für Dinge, die bei uns Ärger und Ablehnung auslösen, ist der Bereich Hartz IV. Bei den Leistungsempfängern gibt es eine erhebliche Zahl von Menschen, die trotz Arbeit auf Leistungen nach Hartz IV angewiesen sind. Der Niedriglohnsektor generell, die Leiharbeit (mittlerweile bundesweit ca. 790.000 Personen) und hierbei speziell die Aufhebung der zeitlichen Befristung für Leiharbeitsverträge führen bei immer mehr Menschen trotz regulärer Vollzeitverhältnisse zu einer dauerhaften finanziellen Notlage. Das kann und darf nicht sein und der Landkreis sollte in seinem Einflussbereich solche Praktiken keinesfalls durch eigene Aufträge unterstützen. Was den eigentlichen Bereich Wohngeld betrifft sollte der Landkreis das nötige Mass an Fingerspitzengefühl, einen belastbaren Mietspiegel und zudem auch ein erhöhtes Budget für die Bewirtschaftungskosten der Wohnungen haben.

Bei der Jugendhilfe gab es in jüngster Vergangenheit bundesweit eine grosse Zahl von drastischen Missständen. Vor diesem Hintergrund müssen mögliche Frühwarnsysteme permanent überprüft und gfls. verbessert werden. Wir möchten das Jugendamt deshalb ausdrücklich auffordern, hier keine Mühen und keinen Konflikt zu scheuen und sehen den Kreistag selbstverständlich in der finanziellen Verantwortung zur Absicherung der notwendigen Massnahmen. An finanziellen Überlegungen darf die Hilfe für Schutzbedürftige keinesfalls scheitern.

Der von der Caritas und der Diakonie geplante „Kinderhilfsfond“ ist grundsätzlich eine gute und ergänzende Massnahme zu den gesetzlichen Hilfeformen. Bei aller Wertschätzung für das Projekt sollte es jedoch Konsens sein, dass Almosen kein Ersatz für reguläre Hilfen sind.

In einem ganz anderen Bereich hatte unsere Fraktion die positive Perspektive schon beinahe verloren. Aber bei der Altpapierverwertung scheint nach unserer langjährigen Intervention jetzt endlich Bewegung in die vertraglichen Regelungen und - damit zusammenhängend - in die Kostenstrukturen zu kommen. Wir reden hier nicht über belanglose Kostenstellen oder unser persönliches Lieblingsthema, sondern über einen der massgeblichen Kostenblöcke der Abfallwirtschaft. Die Revision der bisherigen Regelungen ist ein längst überfälliger Schritt, zumal durch Veränderungen in anderen Bereichen der Abfallwirtschaft (z.B. durch den Rückgang beim Gewerbemüllaufkommen) die hohen Fixkosten zukünftig auf weniger Schultern verteilt werden müssen und deshalb die Kostenreduktion im Altpapierbereich ein wichtiger Punkt zur Stabilisierung der Müllgebühren sein wird.

Für den Verkehrsbereich möchte ich folgende Anmerkungen machen: Die Sanierung der Kreisstrassen wird wie im Fall der K 5720 Weiler – Fischbach leider immer noch unter Ausbaupaspekten gesehen. Der Substanzerhalt wird von unserer Seite dabei nicht in Frage gestellt. Bei der Bewirtschaftung und hierbei insbesondere bei den Geräten für den Gemeinschaftsaufwand (UA 6510) gibt es aus unserer Sicht einen Investitionsstau, der mittelfristig abgebaut werden muss. Die Strassenmeisterei darf nicht zum historischen Fahrzeugmuseum verkommen, denn angemietete Geräte und Notbehelfe kommen im Dauereinsatz in der Regel teurer zu stehen als eigenfinanzierte Fahrzeuge auf einem guten technischen Stand.

Beim ÖPNV sind die bundes- und landesweiten Perspektiven aufgrund reduzierter Fördermittel negativ oder zumindest sehr schwierig. Lokal führt dies u. a. zu fortlaufenden Steigerungen bei den Fahrpreisen und zu Netzausdünnungen im bisher betriebenen Linienverkehr, was die generelle Akzeptanz des ÖPNV leider immer wieder einbremst. Es gibt aber auch erfreuliche Entwicklungen wie die guten Fahrgastzahlen beim Ringzug oder den jüngst vollzogenen Abschluss des Ringzug-Finanzierungsvertrags mit dem Land. Angedacht werden sollten aus unserer Sicht weitere Expresslinien beim Busverkehr. Engpässe beim Schülerverkehr sollten gerade auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl von Ganztageschulen und Schulkoperationen weiter entspannt und reduziert werden. Unverzichtbar ist für uns – und hier erlaube ich mir im Namen aller Kreisräte zu sprechen - ein verbessertes Berichtswesen für den ÖPNV: Wir wollen detaillierte und differenzierte Kosten- und Fahrgastzahlen. Ziel ist ganz klar, dass wir u. a. Informationen zur jeweiligen Streckenbelastung, zu den vorhandenen Kapazitäten,

zur Potentialausschöpfung und darauf basierende Konzepte zur Weiterentwicklung des heutigen Nahverkehrsangebots bekommen. Erst auf dieser Basis können dann fundierte Diskussionen geführt werden. Unser derzeitiger Informationsstand ist ungenügend. Wir sind der festen Überzeugung, dass der ÖPNV angesichts weiter steigender Energiepreise und der Klimaschutzproblematik zukünftig weit mehr an Gewicht gewinnen wird.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir auch grundsätzlich die Gründung einer Energieagentur. Über Inhalte, Ausrichtung und mögliche Gesellschafter sollten wir im Ausschuss aber noch ein paar Worte reden. Um es kurz und deutlich zu sagen: Wir wollen kein trojanisches Pferd im Stall, sondern eine schlagkräftige Einrichtung, die ohne Interessenkonflikte agieren kann.

Im kommenden Sommer findet voraussichtlich die Grundsteinlegung für das Zentralklinikum statt. Nach einer Planungsphase, in der neben dem organisatorischen und technischen Konzept auch die Finanzierung einschliesslich Regelungen zur Ausfallbürgschaft vorbereitet werden mussten, geht es jetzt in grossen Schritten auf die Realisierung zu. Die Übergangsphase von den heutigen Strukturen auf das Zentralklinikum ist organisatorisch, finanziell und im Hinblick auf die Arbeitsbelastung besonders anspruchsvoll. Deshalb möchte ich es an dieser Stelle nicht versäumen, bei den Belastungen für das Personal zum wiederholten Mal Vernunft und Augenmass einzufordern. Das Personal und damit die Qualität der Behandlung ist die mit Abstand wichtigste Voraussetzung für eine schnelle Genesung, eine hohe Patientenzufriedenheit und den guten Ruf der Klinik. Dieser Zusammenhang wird nach unserer Einschätzung meistens nicht in der gebotenen Deutlichkeit gesehen. Stattdessen wird versucht, Synergiepotentiale fast schon um jeden Preis zu erschliessen und damit i.d.R. Personal zu ersetzen. Ob die Bedienung des Kapitaldienstes auf Dauer wirklich besser und zukunftsfähiger als die Belastungen aus den Personalkosten ist, wird die Zukunft erweisen. Vorerst ist diese Entwicklung leider ohne durchsetzbare Alternative und wir können nur versuchen, die negativen Auswirkungen einzugrenzen.

Beim Thema Kapitaldienst möchte ich auch auf die Verschuldungssituation des Kreishaushalts eingehen. Wir sind froh, dass sich der Schuldenstand seit dem Jahr 2006 nicht mehr weiter erhöht hat und freuen uns, dass in den Ausschüssen über alle Kreistagsfraktionen hinweg bisher das Ziel ausgegeben wurde, den Haushalt 2008 ohne Neuverschuldung verabschieden zu können. Wir können uns in dieser Hinsicht jedoch eine noch offensivere Vorgehensweise vorstellen und plädieren lediglich für eine Absenkung der Kreisumlage um 1 Prozentpunkt und damit für eine verstärkte Schuldentilgung. Wir gehen davon aus, dass ein wirksamer Schuldenabbau nur in guten Haushaltsjahren möglich ist und genau diese Situation haben wir jetzt. Wir sollten sie wirklich nutzen!

Ich komme zur Zusammenfassung:

Das Haushaltsjahr 2008 steht unter guten finanziellen Vorzeichen: Eine verbesserte gesamtwirtschaftliche Lage, ein starker Anstieg der Steuerkraftsummen, die voraussichtliche Stabilisierung der Aufwendungen für die soziale Sicherung und viele andere Dinge sind erfreuliche Randbedingungen. Die 3 Hauptzielsetzungen der Verwaltung, nämlich Investitionen im Bildungsbereich, Abbau des Schuldenstands und leichte Absenkung der Kreisumlage können wir vollumfänglich mittragen.

Dennoch haben wir eine ganze Reihe von Kritikpunkten, die gerade in einer finanziell so komfortablen Situation Beachtung finden sollten. Im Grunde genommen bietet uns die derzeitige Situation die Möglichkeit, mehr nach der Qualität und den Perspektiven und nicht zuerst und allein nach den Kosten zu fragen. Wir sollten uns in dieser Situation die Freiheit nehmen, die inhaltlichen Dinge wieder stärker zu diskutieren und damit auch wieder echte inhaltliche Perspektiven zu formulieren.

Glauben Sie mir: Der Schwabe in den Kreisräten würde auch in so einem Prozess nicht ganz unter die Räder kommen! Aber der Sache, den Perspektiven und damit vor allem den Menschen in unserem Landkreis täte es sehr gut.

Wie bereits erläutert treten wir für eine Absenkung der Kreisumlage um 1 Prozentpunkt und eine erhöhte Schuldentilgung ein. Darüber hinaus erwarten wir, dass unsere Anregungen und Kritikpunkte von der Verwaltung und dem Kreistag aufgegriffen und im kommenden Jahr bearbeitet werden.

Das Thema „Perspektiven entwickeln“ lässt sich übrigens noch auf eine Vielzahl weiterer Bereiche übertragen. Exemplarisch möchte ich als Schlagwort einfach den Themenbereich „Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung“ nennen, der angesichts der Umwälzungen in diesem Bereich ebenfalls dringend bearbeitet werden muss.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen stimmt dem Haushaltsentwurf 2008 zu.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern des Landkreises für ihr Engagement und allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit recht herzlich danken.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen